

Eupen, den 27.04.2020

## **Rede**

### **Zum Krisendekretvorschlag 2020 II und dem Resolutionsvorschlag zur Aufwertung des im Pflegesektor tätigen Personals**

Werte Damen und Herren,

In meiner Stellungnahme werde ich auf Artikel 4 des Krisendekrets II, welcher sich auf die Aufwertung der Gehaltstabellen in den Pflegeberufen bezieht, sowie dem Resolutionsvorschlag eingehen. Meine Kollegin Diana Stiel wird sich anschließend zu einigen anderen Artikel äußern, bevor zum Abschluss mein Kollege Michael Balter kurz ein paar allgemeine Bemerkungen vortragen wird.

ENDLICH - möchte ich rufen! Denn die Erhöhung der Gehälter der Pflegekräfte in den Pflegeeinrichtungen ist schon längst überfällig.

Dass die erst zwischen 2022 und 2024 geplanten Lohnerhöhungen für die Pflegekräfte in den Alten- und Seniorenheimen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nun in 2020 umgesetzt werden, unterstützen wir voll und ganz. Dies gilt in gleicher Weise für den Resolutionsvorschlag der CSP, welcher alle Regierungen des Landes auffordert, für eine finanzielle Aufwertung und zahlenmäßige Aufstockung des Personals im Pflegesektor zu sorgen.

Denn nicht nur die Gehälter der Beschäftigten in den Alten- und Pflegeheimen sollten angehoben werden. Nein, auch die Krankenpfleger, ihre Assistenten, die Mitarbeiter in der häuslichen Pflege, usw. brauchen eine Aufwertung. Aber nicht nur sie brauchen diese. Nein wir alle brauchen deren Aufwertung, denn ohne ausreichendes und motiviertes Personal, leidet die Qualität der Pflege und das wiederum merken wir dann, wenn Angehörige oder wir selbst ins

Krankenhaus müssen, sei es wegen Krankheit, Unfall oder zur Untersuchung oder wenn jemand zu Hause versorgt werden soll. Und genau hierauf zielt der RV ab, wie bereits ausführlich von meinen Vorrednern dargelegt wurde.

Diese Maßnahmen sind aber nicht durch die so genannte Coronakrise notwendig geworden. Nein, die Probleme im ganzen Pflegebereich waren schon vor der Krise enorm.

In meinen Reden zur Regierungserklärung und zum Haushalt 2020 im September respektive Dezember des vergangenen Jahres habe ich eindringlich auf Missstände in einigen Seniorenheimen der DG aufmerksam gemacht. Des weiteren habe ich auch zu Problemen in den Krankenhäusern Stellung bezogen. Minister Antoniadis zeigte nur wenig Interesse an meinen Aussagen, was ich sehr befremdlich empfand. Es schien ihn nicht zu interessieren. Dabei weiß er bestens über die Missstände Bescheid. Er wiegelte aber ab und geschehen ist seit dem in dieser Angelegenheit nicht viel.

In den Monaten nach meiner Intervention habe ich erfahren müssen, dass die Missstände und Probleme gerade in der Alten- und Seniorenpflege noch viel größer sind, als ich aufgrund der mir zugetragenen Berichte vermutet habe. Denn mehrere Menschen haben mich aufgrund meiner Aussagen kontaktiert und weitere erschreckende Details berichtet. Es ist heute nicht der Zeitpunkt, darüber zu diskutieren, dass werden wir zu einem späteren Zeitpunkt nachholen.

Ich erwähne dies alles um aufzuzeigen, dass die Vertreter der klassischen Politik wieder mal ein heuchlerisches Verhalten an den Tag legen. Lassen Sie mich dies erklären.

Es ist richtig, dass die Belastung für die Pflegekräfte in den Alten- und Pflegeheimen aufgrund der Quarantäne-Maßnahmen sehr hoch ist. Auch die Krankenpfleger auf den Quarantänestationen der Krankenhäuser sind sehr gefordert!

Diesen Menschen jetzt zu applaudieren, wo man lange Zeit kaum etwas unternommen hat, um für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen, und im Gegenteil, massive Einsparungen vorgenommen hat, ist heuchlerisch. Dies trifft vor allem auf den Föderalstaat zu, was die Krankenhäuser betrifft. Doch auch die politischen Entscheidungsträger der Gliedstaaten, inklusive die der DG, haben kaum etwas dagegen unternommen.

Die zusätzliche Belastung, sei es arbeitstechnisch oder psychischer Art, kommt nun durch die Corona-Maßnahmen noch zu der schon bereits hohen permanenten Belastung wegen Personalmangel, schlechter Normen und Schwächen in der Organisation und Führung hinzu.

Ich möchte aber nicht unerwähnt lassen, dass es auch den gegenteiligen Effekt gibt. Aufgrund der ausgesetzten Untersuchungen und Operationen, sind viele Betten auf den normalen Stationen der Krankenhäuser zur Zeit nicht belegt. Die Kapazitäten wurden teilweise für Coronafälle vorgehalten, jedoch kaum in Anspruch genommen. Dies kann je nach Standort sehr unterschiedlich sein. Ein Krankenpfleger aus einem Krankenhaus der DG sagte mir dazu, dass man nun endlich nochmals Zeit für die Patienten habe.

Ich erwähne dies um zu verdeutlichen, dass es hier um eine Grundlegende Frage geht: Was ist uns eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung wert? Wollen wir die aktuelle Situation als Anlass nehmen einen Richtungswechsel in der Gesundheitspolitik anzustreben und uns für gute Arbeitsbedingungen, ausreichend Personal und eine ganzheitliche Herangehensweise einzusetzen? Oder bleibt es bei einer Einzelaktion, um die Menschen an der Basis zu beruhigen, die durch die chaotische Vorgehensweise der Politik in Sachen Coronavirus sehr verunsichert sind?

In dieser Aussage steckt aber noch etwas anderes: Endlich nochmals Zeit für die Patienten zu haben. Hier geht es um Menschlichkeit und das Zwischenmenschliche. Die Politik hat diesen Aspekte schon lange aus den Augen verloren. Es ist Zeit, dies wieder in die politische Handlungswiese zu integrieren.

Denn machen wir uns nichts vor, wenn der "normale" Betrieb in den Krankenhäusern wieder losgeht, sind viele OPs und Untersuchungen nachzuholen. Wie das genau funktionieren soll, weiß keiner so richtig. Es wird also wohl eine zusätzliche Mehrbelastung auf alle Bereiche der Krankenhäuser zukommen, als vor dem Ergreifen der Maßnahmen.

Wir werden Artikel 4 des Krisendekrets II sowie dem Resolutionsvorschlag zur Aufwertung und Aufstockung des Personals in gesamten Pflegesektor zustimmen. Für uns kann dies aber nur der Anfang sein, sich endlich tiefgehend den Problemen in diesem Sektor zu widmen und eine Gesundheitsversorgung aufzubauen, die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt setzt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Alain Mertes  
Vivant-Fraktion